Nummer 17 Hamburg, den 27. April 1918 31. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum **Sonnabend** jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal ℳ 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband ℳ 2,40

Herausgegeben vom **Deutschen Bauarbeiterverbande** Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: **Montag mittag 1 Uhr.** Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Die Bauarbeiterlöhne im vierten Kriegsjahr.

Bekanntlich hat unsere Beiratskonferenz im November 1917 den Verbandsvorstand auf dessen Anregung hin beauftragt, eine Erhebung über die Höhe der Bauarbeiterlöhne in ganz Deutschland vorzunehmen. Es sollte damit für uns selbst wie für eine spätere Zeit Klarheit über die Gestaltung der Löhne im Baugewerbe während des Krieges geschaffen werden. Die Erhebung sollte ferner als Unterlage dienen für die Verhandlungen um neue Teuerungszulagen und die Verlängerung der Tarifverträge im Jahre 1918, von denen man damals noch annahm, daß sie erst Anfang dieses Jahres geführt werden würden. Und schließlich wollte man sich auch die Möglichkeit schaffen, den Behauptungen der Agrarier und der Unternehmerpresse über die angeblich überaus hohen Arbeiterlöhne wenigstens für das Baugewerbe mit Tatsachen gegenüberzutreten.

Die Erhebung fand Sonnabend, den 9. Dezember, statt, also kurz vor Inkrafttreten der im November vereinbarten neuen Teuerungszulage von 10 ₰. Das eingegangene Material wurde vom Verbandsvorstande sofort bearbeitet, und dem Nürnberger Verbandstage lag bereits ein knapper Bericht über das Ergebnis der Erhebung vor. Insgesamt wurden von der Erhebung 90 302 Bauarbeiter erfaßt, und zwar 47 284 Maurer, 36 398 Hilfsarbeiter, 3652 Erdarbeiter, 1421 Betonarbeiter, 1039 Stukkateure, 318 Fliesenleger, 101 Isolierer und 64 Spezialmaurer (Schornsteinbauer, Backofen- und Kanalmaurer). Es wurden lediglich die Löhne festgestellt; und zwar wurde dabei unterschieden zwischen den ursprünglichen Tariflöhnen, den tariflich vereinbarten Teuerungszulagen, den etwa außerdem gewährten besonderen Zulagen (Werkszulagen usw.) und den hier und da gezahlten Aufwandsentschädigungen (Auslösungen) bei Arbeiten außerhalb des Wohnortes. Alle diese Bezüge, mit alleiniger Ausnahme der Aufwandsentschädigungen für Arbeiten außerhalb des Wohnortes, sind zusammengerechnet worden und ergeben gemeinsam den Stundenlohn.

Nach dieser Berechnung betrug der durchschnittliche Stundenlohn der Maurer (Tariflohn, tarifliche und außertarifliche Zulagen unter Ausschluß der Auslösung) 75,7 ₰, der der Hilfsarbeiter 85 ₰, der der Erdarbeiter 82,5 ₰, der der Betonarbeiter 103,7 ₰, der der Stukkateure 140,6 ₰, der der Fliesenleger 144,4 ₰, der der Isolierer 106,6 ₰ und der der Spezialmaurer 100,7 ₰.

Die Löhne innerhalb der einzelnen Gruppen sind immer noch sehr verschieden. Für die Maurer wurden 63 Lohnstufen festgestellt, für die Hilfsarbeiter 56, für die Erdarbeiter 30, für die Betonarbeiter und die Stukkateure je 37, für die Fliesenleger 14, für die Isolierer 6 und für die Spezialmaurer 5. Dabei sind für die meisten Gruppen noch die niedrigsten und die höchsten Löhne zu je einer Lohnstufe zusammengezogen. Als unterste Lohnstufe ist für Maurer, Bauhilfsarbeiter, Erdarbeiter und Betonarbeiter ein Stundenlohn von weniger als 60 ₰ festgestellt worden. Diesen geringen Lohn bekamen 523 Maurer, 1237 Bauhilfsarbeiter, 133 Erdarbeiter und 1 Betonarbeiter. In dem Bericht an den Verbandstag wird aber bemerkt, daß sich unter den so niedrig entlohnten Personen auch etliche Lehrlinge, Jugendliche, Invaliden und Frauen befunden. Für die übrigen Gruppen sind so niedrige Löhne nicht festgestellt worden. Bei den Stukkateuren und den Isolierern war der niedrigste Lohn 66 ₰, bei den Fliesenlegern 92 ₰ und bei den Spezialmaurern 94 ₰. Der Höchstlohn war bei den Maurern ℳ 1,80; über ℳ 1,65 bis ℳ 1,80 bekamen aber nur 4 Personen. Von den Hilfsarbeitern bekamen 5 als Höchstlohn ℳ 1,50, von den Erdarbeitern 43 zwischen ℳ 1,20 und ℳ 1,26, von den Betonarbeitern 59 zwischen ℳ 1,50 und ℳ 1,57. Den höchsten Einzelstundenlohn erreichten 125 Stukkateure, die zwischen ℳ 1,75 und ℳ 2,50 verdienten. Die Fliesenleger, die den höchsten durchschnittlichen Stundenlohn hatten, blieben mit dem Einzelhöchstlohn erheblich hinter den Stukkateuren zurück. 22 Mann verdienten als Höchstlohn zwischen ℳ 1,70 und ℳ 1,75. Für die Isolierer war der Höchstlohn ℳ 1,13, für die Spezialmaurer ℳ 1,20.

Außer den tariflichen Stundenlöhnen nebst Zulagen wurden an einen Teil der Angehörigen aller Berufsgruppen noch Aufwandsentschädigungen (Auslösungen) gezahlt. Diese sind aber als Lohn nicht zu rechnen, da sie wohl in den meisten Fällen kaum ausreichen, um die Mehrkosten zu decken, die aus der Führung eines doppelten Haushaltes entstehen. Solche Aufwandsentschädigungen erhielten: 7263 Maurer, das sind 15,3 vom Hundert, 6564 Hilfsarbeiter oder 18 vom Hundert, 301 Erdarbeiter oder 8,24 vom Hundert, 516 Betonarbeiter oder 36,30 vom Hundert, 127 Stukkateure oder 12,22 vom Hundert, 89 Fliesenleger oder 26 vom Hundert, 53 Isolierer oder 52,5 vom Hundert und 14 Spezialmaurer oder 22 vom Hundert.

Ein Vergleich mit den im Jahre 1910 ermittelten Löhnen ergibt für die Maurer eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 44,7 ₰ oder 87,6 pZt., für die Bauhilfsarbeiter eine solche von 40 ₰ oder 88,9 pZt.; für die übrigen Gruppen ist ein Vergleich nicht möglich, die Lohnsteigerung wird aber im allgemeinen die gleiche sein. Von der Steigerung entfallen etwa 8 bis 9 ₰ auf die Zeit vor dem Kriege, der Rest ist während der Kriegszeit errungen worden. Seit der Erhebung hat sich bekanntlich der Stundenlohn für die allermeisten Bauarbeiter um weitere 15 ₰ erhöht. Die Lohnsteigerung erscheint demnach ziemlich beträchtlich. Wenn man sie aber in Vergleich setzt zu der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel, bekommt man sofort ein anderes Bild. Hinter dieser Preissteigerung bleibt die Steigerung der Bauarbeiterlöhne um ein Mehrfaches, zum Teil um ein Vielfaches zurück. Man darf also sagen: Der Nominallohn der Bauarbeiter ist während des Krieges stark gestiegen, ihr Reallohn ist ebenso stark zurückgegangen; trotz stark gesteigerten Geldlohnes hat sich die Lebenshaltung der Bauarbeiter verschlechtert. Von einer Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne darf angesichts dieser Tatsachen vor einer gründlich geänderten Preisgestaltung keine Rede sein.

Zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit.

Vor einigen Wochen haben wir einen Auszug aus den Richtlinien veröffentlicht, die vom Kriegsamt zur Regelung der Bautätigkeit an die Kriegsamtsstellen versandt worden sind. Ueber die Arbeiterbeschaffung wurde in der damaligen Veröffentlichung nichts gesagt, vielmehr wurde nur über die Freigabe von Baustoffen und die Genehmigung von Bauten gesprochen. Jetzt wird bekannt, daß in dem Erlaß des Kriegsamts vom 15. März auch von der Arbeiterbeschaffung die Rede war. Es hieß darüber in dem Erlaß: „Die zur Behebung der Wohnungsnot erforderlichen Arbeitskräfte werden vom Ersatz- und Arbeitsdepartement zur Verfügung gestellt." Sie sollen einmal „aus den 25 pZt. der augenblicklich im Baugewerbe vorhandenen Arbeiterbestände" entnommen werden und andererseits aus „den Bauarbeiten, die allmählich durch Beendigung der kriegswirtschaftlichen Bauten frei werden, soweit sie nicht für andere dringendere Zwecke der Kriegswirtschaft Verwendung finden können". Der Erlaß knüpft hieran die Hoffnung: „Da es sich bei den beabsichtigten Maßnahmen um verhältnismäßig geringe Bauten handelt, dürften die so gewonnenen Arbeitskräfte vollkommen ausreichen."

Es ist natürlich gänzlich ausgeschlossen, daß die geringe Zahl von Arbeitskräften, auf die das Kriegsamt hinweist, zur Behebung der Wohnungsnot ausreicht. Dazu gehören ganz andere Arbeitermassen, als die paar tausend Leute, die jetzt nach und nach auf den Rüstungsbauten frei werden oder dem privaten Baugewerbe bereits zur Verfügung stehen. Diese Bauarbeiter werden nicht einmal zur Herstellung einer genügenden Anzahl von Behelfsbauten, geschweige denn zur Herstellung der notwendigen Menge dauerhafter Neubauten ausreichen. Dazu wird es schon der Entlassung einer großen Anzahl Heeresangehöriger bedürfen. Solange es freilich an den nötigen Baustoffen fehlt und aus diesem Grunde die Wohnungsbautätigkeit nicht in Gang kommen kann, hat auch die Entlassung von Bauarbeitern aus dem Heeresdienst keinen Zweck, sie wäre unter Umständen sogar insofern schädlich, als eine größere Arbeitslosigkeit einträte. Schon heute sind in manchen Orten Bauarbeiter, die auf Kriegsbauten entlassen wurden, arbeitslos. Man muß darum, wenn man der Wohnungsnot wirklich ernsthaft zu Leibe gehen will, immer aufs neue und sehr dringend die Beschaffung der nötigen Baustoffe fordern. Was von den heute vorhandenen und beschlagnahmten Baustoffen freigegeben werden kann, genügt zu einer wirklich ernsthaften Bekämpfung der Wohnungsnot nicht im entferntesten.

Einen Schritt auf dem Wege der Baustoffbeschaffung hat erfreulicherweise kürzlich der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten getan. In einem Erlaß an die zuständigen Behörden erklärt er sich bereit, zur Herstellung von Wohnungen, namentlich von Notbauten (Baracken usw.), an Gemeinden und an gemeinnützige Verbände und Gesellschaften zu Bauholz geeignetes Holz aus den Staatswäldern freihändig zu verkaufen unter der Bedingung, daß die Verwendung des Holzes für den gedachten Zweck sichergestellt und jeder spekulative Mißbrauch ausgeschlossen wird. Auch sollen die Behörden ihren Einfluß auf die Gemeinden und privaten Waldbesitzer dahin geltend machen, daß auch diese den Einschlag von Bauholz möglichst steigern und bei seiner Verwendung nach den gleichen Grundsätzen verfahren. Dieses Vorgehen ist sehr anerkennenswert. Hoffentlich wird nun auch dafür gesorgt, daß das Bauholz nicht übermäßig verteuert wird. Wenn etwa die Preise bestehen bleiben sollten, die heute die Heeresverwaltung für Holz bezahlt, dann wird das Bauen nicht so gefördert werden können, wie man dies wünschen muß. Wie steht es übrigens mit den sonstigen Baustoffen? Mit Holz allein kann man wohl Bretterbuden und Blockhütten, aber keine dauerhaften Häuser bauen. Dazu muß man auch Steine und andere Baustoffe haben. Wir haben bis jetzt noch nicht gehört, daß auch in dieser Beziehung die nötige Vorarbeit zum Bauen geleistet wird. Das wird aber nun höchste Zeit.

Zur innerpolitischen Neuordnung.

Während es mit der politischen Neuordnung in dem reaktionären preußischen Landtag nicht vorwärts gehen will, weil sich dort ein sehr großer und einflußreicher Teil der heute Bevorrechteten mit aller Zähigkeit gegen die Anerkennung der politischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen sträubt und der Regierung, die in diesem Falle auf der Seite des Volkes und des Fortschrittes steht, erbitterten Widerstand leistet, sind in nächster Zeit im Reiche wieder einige Schritte auf dem Gebiete der politischen Neuordnung zu erwarten. Am 18. April hat der Bundesrat die Entwürfe eines Arbeitskammergesetzes und eines Gesetzes, betreffend Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung angenommen. Beide Gesetzentwürfe werden nunmehr dem Reichstage zugehen, und es ist zu hoffen, daß sie in nicht allzu ferner Zeit wirkliche Gesetze sein werden. Damit wären dann einige weitere Wünsche erfüllt, die die organisierte deutsche Arbeiterschaft seit langem vergeblich geäußert hat. Besonders die Aufhebung des § 153 ist als ein Schritt auf dem Wege zur innerpolitischen Neuordnung von Bedeutung. Das Ausnahmerecht, das in diesem Paragraphen steckt, ist von der organisierten Arbeiterschaft Jahrzehnte hindurch auf das erbittertste bekämpft worden, ohne daß es gelungen wäre, diesen Paragraphen zu Fall zu bringen. Es hatte vor dem Kriege im Gegenteil den Anschein, als sollte das Koalitionsrecht der Arbeiter noch mehr eingeschränkt werden. Nun endlich soll dieser ausnahmerechtliche Schandfleck — denn als solcher wurde der § 153 von den organisierten Arbeitern immer empfunden — aus der deutschen Gesetzgebung verschwinden. Wie der vom Bundesrat angenommene Arbeitskammergesetzentwurf aussehen, ob er den von den deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbänden dazu geäußerten Wünschen Rechnung tragen wird, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Sollte es nicht der Fall sein, so wird es hoffentlich im Reichstag gelingen, aus dem Entwurf ein brauchbares Gesetz zu machen. Damit wäre dann endlich auch die lange erstrebte gesetzliche Interessenvertretung der Arbeiter erreicht.

Für die Fortführung der Sozialreform.

Eine große Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform hat am Sonntag, 14. April, die Gesellschaft für soziale Reform in Berlin veranstaltet. Zahlreiche Sozialpolitiker aus dem ganzen Reiche waren erschienen, fast alle Reichsstellen hatten Vertreter entsandt, und die Berliner Bevölkerung war in so großer Zahl zur Versammlung geströmt, daß der große Saal der „Philharmonie" die Besucher nicht alle aufnehmen konnte, sondern noch eine zweite Versammlung eröffnet werden mußte. Unter andern waren im amtlichen Auftrag anwesend: Vizekanzler v. Payer, Reichsschatzsekretär Graf Roedern, Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Krause, der Chef des Kriegsamtes General Scheuch und Unterstaatssekretär Dr. August Müller vom Kriegsernährungsamt. In seinen Einleitungsworten betonte der frühere preußische Handelsminister Freiherr v. Berlepsch, daß zur Zeit der letzten ähnlichen Kundgebung im Frühjahr 1914 eine sozialpolitisch laue und feindliche Stimmung herrschte. Heute könnten wir dagegen der Zuversicht leben, daß die Fortführung der Sozialreform in Regierung und Parlament überall die herrschende Meinung geworden sei. Wohl folgten gewöhnlich Zeiten großer Erhebung auch Zeiten großer Enttäuschung: wenn die Not vorbei ist, gewinne die Tagesstimmung wieder die Oberhand, und die Versprechen seien vergessen. Diesmal aber werde das nicht der Fall sein; die Anhänger der Sozialreform ständen jedenfalls bereit, jede Gesinnung des Rückschrittes und Stillstandes zu bekämpfen.

Professor Dr. Francke hielt darauf einen programmatischen Vortrag, in dem er betonte, daß nach den Erfahrungen des Krieges, nach den Opfern, die die Angehörigen der Arbeiterklasse und der Angestellten im Kriege gebracht haben, von einem Stillstand der Sozialpolitik nicht mehr die Rede sein dürfe. Die Massen wirtschaftlich und geistig heben, heiße die Wohlfahrt und Macht des Reiches stärken und festigen. Der Krieg habe uns schon einige sozialpolitische Errungenschaften gebracht: das Verbot der Nachtarbeit der Bäcker, Lohnschutz der Heimarbeiter, Wöchnerinnenhilfe, Gewährung der Altersrente vom fünfundsechzigsten Lebensjahre an, Zulagen für Invaliden- und Witwenrenten, das Tarifvertragswesen habe sich weitgehende Anerkennung errungen, Arbeitsgemeinschaften seien gebildet worden. Auf der andern Seite habe uns aber der Krieg die Außerkraftsetzung wichtiger Bestimmungen des Arbeitsschutzes für Frauen und Jugendliche gebracht. Diese Beschränkungen dürften nicht einen Tag länger bestehen bleiben, als sie unbedingt erforderlich sind. Nach dem Kriege müsse die Sozialreform energisch weitergeführt werden. Wir brauchten sie auf allen Gebieten der Neuordnung des Vaterlandes, sie sei unentbehrlich für den Wiederaufbau unserer Volkskraft. Die Führer der Arbeiter müßten dabei zur Mitarbeit herangezogen werden. Bei der Besetzung von Aemtern dürfe man nicht darauf sehen, ob der in Aussicht Genommene ein Arbeiter ist, sondern man solle nur fragen, was er leistet. Die Gleichberechtigung müsse auch in der preußischen Wahlreform zur Tatsache werden.

Nach Professor Francke sprachen eine ganze Anzahl Redner, unter ihnen Staatssekretär Graf Posadowsky, der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, die Vertreter der christlichen, Hirsch-Dunckerschen und sonstigen Gewerkschaften sowie der Beamten- und Angestelltenverbände. Es wurde dann die folgende Kundgebung angenommen:

„Der Krieg hat in Feld und Heimat ein mannhaftes Volk gefunden. Von natürlicher Vaterlandsliebe beseelt und dem Staate dank seiner jahrzehntelangen Sozialpolitik innerlich verbunden, haben die Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten, geschult in der Zucht ihrer Berufsvereine, Hervorragendes geleistet, sich aufs glänzendste bewährt. Dies ohne Verkleinerung dessen, was andere Stände geleistet und gelitten haben, anzuerkennen, gebieten Dankbarkeit und Gerechtigkeit um so mehr, als die Arbeitnehmerschaft den zerstörenden Einflüssen des Krieges ohne wirtschaftlichen Rückhalt ausgesetzt und darum von der Not mit am härtesten betroffen war. Nicht aber mit Worten zu danken, sondern tatkräftig die Folgerungen aus der neuen Lage zu ziehen, ist die Aufgabe einer gestaltungsfreudigen, die Zeichen der Zeit verstehenden Staatspolitik, sofern diese den Anspruch erhebt, die Macht des Reiches in den Dienst sittlicher Gedanken zu stellen und den Willen zum freudigen Dienst für das Wohl des Volkes und Staates in allen Schichten der Bevölkerung lebendig zu erhalten. Das wird nach dem Kriege um so notwendiger sein, als die lange Zeit des Kampfes und der Not unzweifelhaft verderbend auf das Rechts- und Sittlichkeitsgefühl weiter Volkskreise gewirkt und einem ungeahnten Maße von Ausbeutung und Streben nach müheloser Bereicherung Duldung verschafft hat, so daß das sittliche Empfinden der besitzlosen Masse des Volkes verletzt und seine Staatsfreudigkeit vernichtet zu werden droht.

In dieser Lage erheben wir, zugleich gestützt auf den militärischen Sieg des dank der bisherigen Sozialpolitik erstarkten deutschen Volkes, aufs neue unsere Stimme für die alten Ideale der Sozialreform: für Recht und Gerechtigkeit, für den Schutz der Schwachen, für die Anteilnahme des ganzen Volkes an dem Segen deutscher Kultur, und stellen für die Fortführung der Sozialreform folgende Forderungen:

Die Eingliederung des Arbeiter- und Angestelltenstandes in den staatlichen Neubau, wie er aus dem Weltkriege hervorgehen soll, ist nur auf dem Wege der vollen, tatsächlichen Anerkennung seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichberechtigung und durch die Heranziehung seiner Organisationen zur Mitwirkung auf allen Gebieten des Wirtschafts- und Kulturlebens zu erreichen. Sie muß höchstes Ziel staatspositiver Innenpolitik sein. Die Gleichberechtigung hat ihren Ausdruck in der Anerkennung der Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten durch Gesetz und Verwaltung, insbesondere durch Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechtes und durch die Schaffung von Arbeitskammern mit Wählbarkeit der Organisationsvertreter, zu finden. Die Heranziehung der Arbeiter zur Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben muß unter Berücksichtigung der bewährten Berufsvereine erfolgen. Hierbei haben diejenigen Arbeiterorganisationen, die von Arbeitgebern oder mit ihrer Hilfe ins Leben gerufen sind, von ihnen erhalten und unterstützt werden, ihre Vertretung in paritätisch zusammengesetzten Körperschaften auf seiten der Arbeitgeber zu suchen.

Hand in Hand mit der Erneuerung der Rechtsgrundlage des Koalitionswesens, durch die die im Gesetz bereits anerkannte Rechtsgleichheit der Arbeitgeber- und -nehmerverbände der Verwirklichung nähergebracht wird, muß ein Schutz der Gesamtheit vor den Folgen der Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete geschaffen werden. Streiks und Aussperrungen gefährden ohnehin den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande aufs schwerste. Zu ihrer Vermeidung ist die beiderseitige Verhandlungsbereitschaft durch Ausbau des gewerblichen Einigungswesens (Beibehaltung obligatorischer Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Umgestaltung der Schlichtungsausschüsse des Hilfsdienstgesetzes entsprechend der wiederhergestellten Freizügigkeit, Reichseinigungsamt) sicherzustellen. Wir fordern grundsätzlich den Abschluß von Tarifverträgen und eine gesetzliche Grundlage für diese Tarifverträge.

Das sittliche Empfinden des Volkes würde schweren Schaden leiden, wenn die Dankespflicht gegenüber den Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen vernachlässigt würde. Sie vor Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu schützen, für ihre tunlichste Wiedereinstellung in den alten Betrieb zu sorgen, ihre Renten aufzubessern und unter sozialen Gesichtspunkten zu bemessen, sowie einen geordneten Rechtsweg für das Rentenverfahren zu schaffen, ist eine dringliche, vielleicht die dringlichste Forderung. Daneben gilt es, nach der Demobilisierung den heimkehrenden Kriegsteilnehmern daseinswürdige Lebensbedingungen zu schaffen. Einer etwaigen Erwerbslosigkeit ist durch Erstellung produktiver Arbeit, durch den weiteren Ausbau des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweiswesens und die tatsächliche Sicherung der Zusammenarbeit aller nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise vorzubeugen: Erwerbslosenunterstützung und Kredithilfe haben ergänzend einzugreifen, um Verschuldung und Verbitterung hintanzuhalten.

Von den Arbeitgebern muß eine den fortbestehenden Teuerungsverhältnissen angemessene Lohnpolitik erwartet werden, notfalls ist diese durch rechtsverbindliche Mindestsätze insbesondere für die Heimarbeit zu erzwingen. Der Zuzug ausländischer Arbeiter für die deutsche Industrie bedarf einer Lohn- und Kulturdruck verhütenden Regelung unter Mitwirkung der beteiligten Organisationen, damit die Staats- und Arbeitsfreudigkeit des Arbeiterstandes erhalten und gemehrt wird. Die Arbeitsweise muß intensiv sein, ohne durch eine besinnungslose Hast förderndes Arbeitsteilungs- oder Entlohnungssystem Raubbau an Arbeitskraft und Lebensfreude des Arbeiters oder Angestellten zu treiben. Der auf Kriegszeit beseitigte Arbeiterschutz ist natürlich alsbald wiederherzustellen. Ueber ihn hinaus sprechen aber zwingende Gründe für eine zielbewußte Bevölkerungspolitik. Wie weit man im einzelnen sogleich wird gehen können, das wird von dem Stande des Wiederaufbaues der Wirtschaft mit abhängen müssen, wobei jedoch nie vergessen werden darf, Ausgaben für die Bevölkerungspolitik als bestmögliche Kapitalsanlage und nach dem Aderlaß dieses Krieges als eine einfache Lebensfrage unserer Nation anzusehen. Ein Volk, das die ungeheuersten Ausgaben für seine Verteidigung aufgebracht hat, muß auch für seine fernere Selbsterhaltung ausreichende Mittel beschaffen. Dies gilt ganz besonders von der Wohnungserstellung aus öffentlichen Mitteln, der die Reform des Hypothekenbankgesetzes und eine großzügige ländliche und halbländliche Siedelungspolitik an die Seite zu treten haben.

Eine Fortentwicklung von Arbeiterschutz- und -versicherung hätte insbesondere den Schutz der Frauen und Jugendlichen zu vermehren. In der Krankenversicherung wäre die Wöchnerinnenhilfe gemäß der Reichswochenhilfe unter Heranziehung öffentlicher Mittel auszugestalten; die Hausgewerbetreibenden wären allgemein in Kranken- und Invalidenversicherung reichsgesetzlich einzubeziehen. Die Krankenversicherung wäre obligatorisch auf die Familienangehörigen auszudehnen, die Einkommensgrenze in der Sozialversicherung zu erhöhen. Für die Bekämpfung der Volksseuchen und Kriegsfolgen wären den Trägern der Sozialversicherung Mittel des Reiches und Staates in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Bevölkerungspolitische Gedanken müssen auch in den Fragen der Sonntagsruhe, der Nachtarbeit, der gesundheitsschädlichen und beschwerlichen Betriebe, des Hausarbeiterschutzes und bei Würdigung der Sonderwünsche der Privatangestellten und Unterbeamten mehr und mehr die Oberhand gewinnen. Nicht minder müssen Steuer- und Ernährungspolitik auf diesen Gesichtspunkt eingestellt werden, die erstere, indem sie den Kinderreichtum begünstigt, die letztere, indem sie für alle Zukunft die Wiederholung einer ernsten Gefährdung des Nachwuchses durch mangelnde Ernährungsvorsorge unmöglich macht. Insbesondere sind auf diesem Gebiete zu verlangen: die Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung, zumal durch ländliche Fortbildung und durch soziale Hebung des Landarbeiter- und Gesindestandes, weitsichtige Vorratspolitik, Sicherung der rechtlichen Stellung der Konsumvereine, soziale Gütertarifspolitik. Zum Wiederaufbau des Volkskörpers gehören indessen auch die Fortentwicklung eines guten Volks- und Fortbildungsschulwesens in Stadt und Land, und Maßnahmen, die über die Schranken des Besitzes hinaus den Aufstieg der Begabten in andere Berufsschichten nach Maßgabe ihrer besonderen Fähigkeiten ermöglichen.

Dieses Programm zu verwirklichen, wird Zeit und Geld kosten. Keiner seiner Punkte aber verträgt auf die Dauer Aufschub, ohne daß unser Volk darunter Schaden litte. Manche Bedenken können überwunden werden, wenn beim Friedensschluß und in späteren Staatsverträgen Vertragsklauseln ein Mindestmaß von Sozialpolitik international festlegen und so die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Auslandsmarkte verbessern."

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 15. April.

Das Ergebnis zeigt eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit. Gegenüber 303 Arbeitslosen, oder 0,37 vom Hundert der erfaßten Mitgliederzahl vom vorigen Zähltage, meldeten sich diesmal **216** Arbeitslose oder vom Mitgliederhundert **0,26**. Sechs Bezirke blieben frei von Arbeitslosigkeit. Bis auf den Bezirk Hamburg, wo das Verhältnis an den beiden letzten Zähltagen auf 1,29 stand, überstieg die Arbeitslosigkeit nirgends ein Hundertteil der Mitgliederzahl.

132 Arbeitslose, oder **0,17** vom Mitgliederhundert, empfingen Arbeitslosenunterstützung; in der Vorwoche 248 oder 0,30 vom Hundert. Somit trat auch hier eine stärkere Abnahme als in der letzten Woche ein.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Davon haben berichtet	In den berichtenden Zweigvereinen: betrug die Mitgliederzahl am Schlusse der abgelaufenen Woche	In den berichtenden Zweigvereinen: erhielten in der abgelaufenen Woche Arbeitslosenunterstützung	In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos: Maurer	Hilfsarbeiter	Betongruppe	Stuckgruppe	Fliesenleger	Isolierer	Erdarbeiter	Insgesamt
1. Königsberg	21	21	1680	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Bromberg	31	31	1585	7	8	1	—	—	—	—	—	9
3. Stettin	55	55	1407	3	6	2	—	—	—	—	—	8
4. Breslau	54	54	3166	7	10	1	—	—	—	—	—	11
5. Berlin	74	74	10032	25	21	1	—	15	—	1	—	38
6. Magdeburg	83	83	8442	—	1	—	—	—	—	—	—	1
7. Erfurt	41	41	1967	—	1	—	—	—	—	—	—	1
8. Frankfurt	14	14	5863	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Cöln	15	15	7571	2	2	—	—	—	—	—	—	2
10. Dortmund	17	17	2504	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Hannover	45	45	2676	1	3	—	—	—	—	—	—	3
12. Bremen	28	28	2689	—	—	1	—	—	—	—	—	1
13. Hamburg	65	65	5409	42	59	11	—	—	—	—	—	70
14. Rostock	63	63	1630	6	11	1	—	—	—	—	—	12
15. Dresden	16	16	6955	8	14	3	—	—	—	—	—	17
16. Leipzig	79	79	7824	25	13	2	—	—	—	—	—	15
17. Nürnberg	26	26	2831	1	6	—	—	—	—	—	—	6
18. München	35	35	3652	5	18	2	2	—	—	—	—	22
19. Stuttgart	8	8	1398	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Karlsruhe	15	15	2817	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21. Straßburg	5	5	143	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	790	790	82241	132	173	25	2	15	—	1	—	216

Berichte.

Celle. Am 16. April erstattete der Kassierer, Kollege Nieber, die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse ergab ℳ 845,25. An die Hauptkasse wurden abgesandt ℳ 558,65, für Krankenunterstützung ausgegeben ℳ 182,60, für Sterbeunterstützung ℳ 101. Neuaufnahmen hatten wir in diesem Quartal 31, so daß der Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 110 betrug. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Unter „Verschiedenes" wurde Klage geführt über den schwachen Besuch der Versammlung. Es waren von den hiesigen Kollegen nur einige erschienen. Ferner wurden verschiedene Mißstände auf dem Flugplatz Scheuen gerügt, und der dortige Arbeiterausschuß beauftragt, für Abhilfe zu sorgen. Auch wurde der Vorstand beauftragt, sich um das Lehrlingswesen zu kümmern. Der Verbandsvorstand wurde ersucht, sich an maßgebender Stelle zu verwenden, damit die Kollegen, die in Scheuen arbeiten, die ihnen zustehenden und schon lange zugesagten Zulagekarten für Schwerstarbeiter erhalten.

Cöln. (Nochmals der „Verhandlungsweg".) Wir hatten uns in Nr. 12 des „Grundstein" mit dem Jahresbericht der hiesigen Verwaltungsstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes beschäftigt, in dem der Beamte dieses Verbandes die Ansicht vertritt, daß während der Kriegsdauer jede Arbeitseinstellung zu unterbleiben habe und nur der „Verhandlungsweg" beschritten werden dürfe. Auch die hiesige bürgerliche Presse brachte gelegentlich einer Arbeitseinstellung im Juli vorigen Jahres die Nachricht, daß sich der christliche Verband an Arbeitseinstellungen nicht beteilige. Wir sagten in Nr. 12 des „Grundstein", daß durch eine derartige Taktik die Position der Arbeiter zum Vorteile der Unternehmer geschwächt würde; denn wenn die Unternehmer wüßten, daß die Arbeiter gegebenenfalls nicht auch zur Arbeitseinstellung schreiten würden, dann bestände ja für sie nicht das geringste Risiko, jede noch so berechtigte Arbeiterforderung abzulehnen. Wir sprachen weiter die Meinung aus, daß auf dem Verhandlungswege für die Arbeiter nur dann etwas herauskäme, wenn die Unternehmer mit der Möglichkeit einer Arbeitseinstellung rechnen müßten. Man dürfe daher dem Unternehmer nicht kundtun, daß man auf das Streikrecht verzichte, wie das die hiesige christliche Verwaltungsstelle bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit tut. Becker läßt nun in Nr. 10 der „Baugewerkschaft" eine lange Erwiderung los, nicht, wie er schreibt, um mich zu belehren, sondern um seinen Mitgliedern an den Baustellen „Material an die Hand zu geben". Er geht daher auch gar nicht auf den Kern der Sache ein, sondern sucht erneut den Nachweis zu führen, daß während der Kriegsdauer der Verhandlungsweg allein geeignet ist, den Interessen der Kollegen zu dienen. Hinzu komme, daß aus vaterländischem Interesse während des Krieges Arbeitseinstellungen vermieden werden müßten. Wie aber nun, wenn die Unternehmer auf den Verhandlungsweg pfeifen und die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse als Luft betrachten, wie es doch jetzt hier tatsächlich vielfach der Fall ist? Oder glaubt etwa Becker, daß, wenn die Unternehmer mit Streiks und Sperren zu rechnen hätten, dann auch die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse, diese Ergebnisse des Verhandlungsweges, so leichtfertig von den Unternehmern abgelehnt würden? Becker stellt sich an, als könne er nicht verstehen, worauf es ankommt: daß man — und wäre die Situation für die Arbeiter noch so un

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 410249 4400 münster roxel

günstig — dem Unternehmer nicht sagen darf: die Arbeiter sind ohnmächtig, sie sind einzig und allein auf den Verhandlungsweg angewiesen, ob Ihr etwas bewilligt oder nicht, streiken können und dürfen wir nicht. Was sollen sich denn die Unternehmer denken, wenn eine Arbeitseinstellung vorkommt und die bürgerliche Presse berichtet: Der christliche Verband hat beschlossen, sich nicht daran zu beteiligen. Durch eine solche Taktik werden doch die Unternehmer in ihrem ablehnenden Verhalten bestärkt und die Arbeiter geschädigt, das muß doch ein Kind einsehen. Daß in dieser Kriegszeit nicht leichtfertig mit Arbeitseinstellungen vorgegangen werden darf, liegt auf der Hand. Das bedeutet aber nicht, daß wir auf das Streikrecht unter allen Umständen verzichten. Täten wir das, dann verlören die Unternehmer alle Achtung vor uns, und der Hinweis auf den Verhandlungsweg würde eine Verhöhnung der Arbeiter bedeuten; denn auf dem Verhandlungswege erzielt nur der etwas, der die Kraft und den Willen hat, wenn nötig, sein Recht mit allen zu gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen. Wir fragen Becker, ob er die Arbeitseinstellungen bei van der Zypen im Jahre 1916 und 1917, an denen auch der christliche Verband beteiligt war, für überflüssig und schädlich für die Arbeiter hielt. Eine Antwort darauf hat er nicht gegeben, wohl aber sucht er die Arbeitseinstellungen der Stukkateure in Troisdorf als unnütz hinzustellen. Dort hätten die Kollegen, nachdem zwei Wochen gestreikt worden wäre, wegen der Gefahr, eingezogen zu werden, beschlossen, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen, soweit es sich um k.-v.-Leute handelte, während die andern den Ablehrschein fordern sollten. Dieses Ergebnis hätte sich auch ohne Arbeitseinstellung erzielen lassen; denn der Schlichtungsausschuß würde ihnen den Ablehrschein zugesprochen haben usw. Demgegenüber sei festgestellt, daß nicht beschlossen wurde, die Kollegen sollten den Ablehrschein fordern, sondern es wurde beschlossen, die Kollegen sollten ihre Papiere fordern. Den Ablehrschein brauchten sie nicht mehr, da sie zwei Wochen nicht gearbeitet hatten. Es ist auch falsch, wenn Becker behauptet, der Schlichtungsausschuß hätte den Kollegen den Ablehrschein zugesprochen, wenn sie dies beantragt hätten. Becker weiß doch, daß dazu der Nachweis einer angemessenen Lohnsteigerung erforderlich ist, ein Nachweis, den höchstens einzelne Kollegen hätten führen können. Fest steht also, daß diese Arbeitseinstellung den Kollegen die Stunde 30 ₰ Lohnerhöhung gebracht hat, ein Ergebnis, das auf dem Verhandlungswege nie erzielt worden wäre. Statt diesen Erfolg anzuerkennen und der Entschlossenheit der Kollegen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, versucht Becker bedauerlicherweise, das erzielte Ergebnis zu verkleinern. Becker beschäftigt sich auch mit der Arbeitseinstellung, zu der es aus Anlaß der Forderung auf Vergütung der Wegezeit und des Mittagessens kam. Die Kollegen hätten es meiner Tolpatschigkeit zu danken, daß sie einen ungünstigen Verlauf genommen habe. Wir hätten in einer Mitgliederversammlung die Arbeiterausschüsse beauftragt, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten und die Parole ausgegeben, dort, wo nicht bewilligt würde, die Arbeit einzustellen. Tatsache ist, daß in unserer Versammlung vom 10. Juli die Arbeiterausschüsse diesen Auftrag erhielten; ganz und gar unwahr ist dagegen die Behauptung Beckers, daß die Losung ausgegeben wurde, die Arbeit bei Ablehnung der Forderung einzustellen. Wahr ist vielmehr, daß beschlossen wurde, bis zum 20. Juli auf eine Antwort zu warten und daß je nach Ausfall dieser Antwort weitere Beschlüsse gefaßt würden. Wenn es trotzdem schon am 13. Juli bei einer Firma zur Arbeitsniederlegung kam, dann geschieht dies durchaus nicht auf meine Veranlassung, sondern dies war hauptsächlich auf das wenig verständige Verhalten der Bauleitung zurückzuführen, mit der der Arbeiterausschuß verhandeln wollte. Ebenso unwahr ist es, daß in der ersten Woche von unsern 98 beteiligten Kollegen 30 die Arbeit aufnahmen. Wahr ist dagegen, wie Becker schreibt, daß von den 30 beteiligten christlich Organisierten 15 die Arbeit aufgenommen haben. Von unsern Mitgliedern haben 8 Mann die Arbeit aufgenommen. Wir haben es bisher unterlassen, auf diese Dinge einzugehen, da wir kein Interesse an Zank und Streitereien haben. Für uns handelt es sich um die Sache und nicht darum, unsern Mitgliedern „Material" an die Hand zu geben. Warum wurde denn in der gemeinschaftlichen Versammlung, die am 20. Juli in der Lese stattfand, der Beschluß gefaßt, den streikenden Kollegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen? Etwa deshalb, weil die Kollegen Angst vor ihrer Courage kriegten? Tatsächlich stellt Becker es so hin, als wäre es die Angst vor dem Gestellungsbefehl gewesen. Das ist aber, soweit unsere Mitglieder in Frage kommen, nicht der Fall gewesen, und es hat uns große Mühe gekostet, unsere streikenden Mitglieder zu veranlassen, daß sie sich dem Beschluß der Mitgliederversammlung fügten und die Arbeit wieder aufnahmen. Aber weshalb wurde dieser Beschluß gefaßt? Doch nur deshalb, weil der christliche Verband gegen die Arbeitseinstellung war und alles Heil vom „Verhandlungswege" erwartete. Der Verhandlungsweg wurde dann auch beschritten, und die Erledigung hat sich etwa ein halbes Jahr hingezogen. Als dann schließlich ein teilweiser Erfolg erzielt wurde, erkannten die Unternehmer weder die Entscheidung des Tarifamtes noch den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses an. Heute schweben noch Prozesse vor den Gewerbegerichten und dem Landgericht. Soweit der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in Frage kommt, konnten die Kollegen zwar den Ablehrschein erhalten, aber damit ist ihnen jetzt, wo die Kriegsbauten fertig sind, nicht gedient, da dem Ablehrschein in der Regel der Gestellungsbefehl auf dem Fuße folgt. Wenn nun trotz alledem heute im Cölner Gebiet zahlreiche Kollegen Wegezeit- und Mittagessenvergütung erhalten, dann ist wirklich der christliche Bauarbeiterverband — und besonders Becker — ganz und gar unschuldig daran. Aber in dieser Beziehung wäre erheblich mehr erreicht worden, hätte die Bauarbeiterschaft einig und geschlossen zusammengestanden und wäre von christlicher Seite nicht zum Nutzen der Unternehmer die Losung ausgegeben worden: Keine Arbeitseinstellung! Nur der Verhandlungsweg! Auf welcher Seite angesichts dieser Tatsachen die „Tolpatschigkeit" zu suchen ist, das zu entscheiden wird unsern Kollegen nicht schwer sein. Aus dem Verlauf dieser Bewegung ging wieder einmal hervor, wie schädlich es für die Arbeiter ist, wenn sie zersplittert sind, wenn in einem Beruf statt Einigkeit und Einheitlichkeit mehrere gewerkschaftliche Organisationen bestehen, und zwar nicht aus gewerkschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Klein denkender Arbeiter kann sich daher der Ueberzeugung verschließen, daß in einem Beruf nur eine Organisation Existenzberechtigungen hat; ist es anders, dann sind die Arbeiter die Leidtragenden und die Unternehmer die Nutznießer.

G. Fröhlich.

Eilenburg. In der Mitgliederversammlung am 10. April erstattete Kollege Koch, Magdeburg, Bericht vom Verbandstag. Er behandelte eingehend dessen Tagesordnung und gab die wichtigsten Beschlüsse bekannt. Beim Punkt „Wirtschaftliche und politische Neuordnung" hob er besonders die Einigkeit des Verbandstages hervor und betonte, daß es nötig sei, allen Zersplitterungsversuchen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einmütig einverstanden. Den Quartalsbericht erstattete Kollege Ahnicke. Am Jahresschluß 1917 hatten wir 298 Mitglieder. Aufgenommen wurden 32, zugereist sind 2, zusammen 244. Abgereist sind 17, ausgetreten 5, zum Kriegsdienst eingezogen 3, wegen Schulden gestrichen 1; somit sind am Schlusse des ersten Quartals 218 Mitglieder vorhanden. Die Hauptkasse nahm ℳ 1429,30 ein und gab für Krankenunterstützung ℳ 337,20, für Sterbeunterstützung ℳ 80 aus. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt mit dem Bestand von 1917 ℳ 5982,80, die Ausgabe ℳ 413,38. Am Schlusse des ersten Quartals verblieb ein Kassenbestand von ℳ 5539,42. Unter „Verschiedenes" wurde noch angeregt, alle noch außenstehenden Bauarbeiter für den Verband zu gewinnen.

Leipzig. In der Mitgliederversammlung am 9. April erstattete Kollege Gutjahr Bericht vom Verbandstag, nachdem zuvor der Punkt „Stellungnahme zur Beitragshöhe vom 1. Juli an" von der Tagesordnung abgesetzt worden war, weil der Bericht vom Verbandstage noch nicht eingegangen sei. Gutjahr behandelte in eingehender und sachlicher Weise den Vorstandsbericht und stellte dabei am Schlusse seiner Ausführungen fest, daß auch der Kollege Paeplow in seinem Bericht strikte an der Politik der Generalkommission festgehalten habe und erklärt hätte, auch dem Hilfsdienstgesetz hätte man den Vorzug geben müssen, sonst hätte die Regierung die Betriebe militarisiert, was zum Schaden der Arbeiter gewesen wäre. Bei der Abstimmung zum Vorstandsbericht hätten sich unsere drei Delegierten der Stimme enthalten, und zwar, weil sie wüßten, daß der Verbandsvorstand in der Entwicklung des Verbandes seine volle Pflicht getan habe; aber der Haltung zur Politik der Generalkommission und dem Hilfsdienstgesetz konnten sie ihre Zustimmung nicht geben. Des weiteren ging Gutjahr dann auf die gefaßten Beschlüsse zum Statut ein und hob hervor, daß auch dort volle Einstimmigkeit geherrscht habe; es seien da für die Mitglieder sehr wesentliche Verbesserungen eingetreten. Der Verlängerung des Tarifvertrages hätten die Leipziger Delegierten zugestimmt. Von dem Referat des Kollegen Winnig über: „Wirtschaftliche und politische Neuordnung" sagte Gutjahr, Winnig habe nur die sächsischen Gründe behandelt, auf die strittigen Punkte sei er sehr wenig eingegangen. In der Diskussion erklärte Kollege Hagen, daß dieser Verbandstag einer der bedeutendsten sei seit Bestehen der Organisation gewesen sei; habe er doch drei für die Mitglieder sehr wichtige Fragen, wie Beitragswesen, Unterstützungseinrichtungen und das Tarifverhältnis geregelt. Kollege Bauersfeld ging dann des näheren auf den § 3 des Statuts ein. Er wünschte, daß, nachdem der Verbandstag diesen Paragraphen angenommen hat, sich auch die Zweigvereine in der Umgebung von Leipzig angliedern müssen; doch müsse dabei von einer andern Seite mehr Nachdruck mit gegeben werden, sonst gehe es trotz Einberufung von Konferenzen nicht. Es müsse auf allen Seiten der gute Wille vorhanden sein; wenn das nicht der Fall sei, dann nütze alles Schreiben und Beschwerdeführen bei dem Verbandsvorstande nichts. Arbeite doch der größte Teil der Mitglieder von zwölf Zweigvereinen der Umgebung in Leipzig. Dann mahnte Kollege Bauersfeld die Kollegen, der Verbandsleitung sofort Mitteilung zu machen, falls die am 1. April fällige Teuerungszulage von 5 ₰ die Stunde irgendwo nicht gezahlt werde. Ferner gab er die neuen Satzungen der Ortskrankenkasse von Leipzig und Umgegend bekannt und empfahl den Kollegen, sich den Nachtrag, der die neuen Kassensatzungen enthält, bei der Ortskrankenkasse abzuholen. In einer der nächsten Versammlungen soll ein Vortrag über die Reichsversicherungsordnung gehalten werden.

Senftenberg. (Stellungnahme zur Lebensmittel- und Lohnfrage auf dem Lenkawerk.) Am 10. April fand auf dem Lenkawerk eine äußerst stark besuchte Versammlung statt, die sich mit dem Bericht vom Verbandstage in Nürnberg beschäftigen sollte. Die Versammlung beschloß aber, den Bericht von der Tagesordnung abzusetzen und an dessen Stelle die Lebensmittelfrage sowie die Lohnfrage zu behandeln. Zur Lebensmittelfrage wurde begründete lebhafte Beschwerde über bestehende Mißstände erhoben. Es wurde darüber geklagt, daß in letzter Zeit, und zwar Sonntags wie Wochentags, nur Dörrgemüse, mit sehr wenig Kartoffeln durchsetzt, zur Ausgabe gelangt. Das Essen sei so dünn, daß die Arbeiter außerstande seien, dabei ihre Arbeitskraft aufrechtzuerhalten. Erkrankungen seien deshalb keine Seltenheit. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, mit allem Nachdruck dafür zu wirken, daß endlich eine Aenderung der Speisenfolge eintritt, daß wenigstens des Sonntags anderes, und an den übrigen Tagen nicht mehr so dünnes Essen mit sehr wenig Kartoffeln verabfolgt wird. Mit Versprechungen, wie bisher, könne es nicht sein Bewenden haben; denn damit habe man in der Vergangenheit immer sehr arge Enttäuschungen erleben müssen. Würde nunmehr den berechtigten Wünschen nicht entsprochen, so müsse man dazu übergehen, den Ablehrschein zu verlangen. Die Brotfrage müsse ebenfalls endlich anders gelöst werden. Mit 4 Pfund Brot für die Woche sei bei dieser Ernährung und der schweren Arbeitsleistung unmöglich auszukommen. In keinem Kreise in ganz Deutschland werde für die Arbeiter eines so kriegswichtigen Baues eine so niedrige Brotration verabfolgt. Es wurde nicht verkannt, daß in der Lebensmittelfrage sehr große Schwierigkeiten bestehen; man habe ja auch selbst ein sehr großes Interesse an der Förderung des Werkes. Wenn aber getan werde, was getan werden kann, besonders auch in der Beteferung durch den Kreis Calau, bestehe die begründete Hoffnung, daß es erheblich besser werde. Dann nahm das Versammlungsmitglied Stellung zu der Bekanntmachung des Landrates des Kreises Hoyerswerda. In jener Auslassung ist davon die Rede, daß die Arbeiter des Werkes Lebensmittel zu erheblich höheren Preisen ankaufen sollen; den Verkäufern wird unter Strafandrohung untersagt, etwas an die „Hergelaufenen" zu verkaufen. Es ist festgestellt, daß die Arbeiter des Werkes nur sehr wenig Verdienst in Betracht kommen; der Landrat muß sich also schon an eine andere Adresse wenden. Der Ausdruck „Hergelaufene" muß aber energisch zurückgewiesen werden. Die Arbeiter des Lenkawerkes sind keine „Hergelaufenen", es sind alles Arbeiter, die im Interesse des Vaterlandes zu diesen Arbeiten teils durch die Schlichtungsstellen, teils durch die Generalkommandos beordert sind. Läge eine so zwingende Notwendigkeit nicht vor, so würden wohl alle, mit wenigen Ausnahmen, vorziehen, in der Heimat bei der Familie zu sein. Sie erfüllen hier eine hohe vaterländische Pflicht, die keineswegs von dem Landrat eines Industriekreises verkannt werden dürfte. Aus diesem Grunde weisen sie auch jene Wendung mit Entrüstung zurück. — In der Lohnfrage wurde die Zweigvereinsleitung beauftragt, dahin zu wirken, daß endlich die Teuerungszulage von 15 ₰, die allgemein im Reiche gezahlt wird, für das Werk ebenfalls in Kraft tritt. Es wurde beschlossen, über das Ergebnis der Verhandlungen am 12. April Bericht zu erstatten. Die am 12. April tagende Versammlung war demzufolge so stark besucht, daß ein großer Teil der Kollegen umkehren mußte, weil nicht genügend Raum für alle war. Den Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen erstattete das Vorstandsmitglied des Verbandes, Kollege Silberschmidt, Berlin. Er gab einen Ueberblick über die langwierigen Verhandlungen, legte die Schwierigkeiten dar, mit denen zu rechnen war, und empfahl am Schlusse seiner Ausführungen das Angebot der Werksleitung. Vom 1. April an soll eine Lohnerhöhung von 10 ₰ die Stunde eintreten. Tritt nach dem 1. Juli im Reiche unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsamtes eine erneute Teuerungszulage ein, soll sie auch für Leuta gelten. Die Werkleitung will aber hiervon 25 pZt. für die Bekösigung anrechnen; dies ergebe sich aus den Teuerungsverhältnissen. Mit der Grube „Erika" wird aller Voraussicht nach das gleiche Ergebnis erreicht werden. — Eine Anzahl Diskussionsredner war mit dem Ergebnis nicht zufrieden und forderte Ablehnung, während sich die Mehrzahl nach Anhörung der Gründe zustimmend äußerte. Gegen einige Stimmen wurde das Ergebnis angenommen. Darauf wurde Bericht über die Lebensmittelfrage erstattet. Alle Mißstände sollen beseitigt werden. Vom 15. April an soll die Brotration um 700 Gramm erhöht werden. Des Sonntags soll ein besseres Essen verabfolgt werden. Diese Ankündigung rief eine solche Bewegung in dieser Riesenversammlung hervor, daß, wer den Ausdruck auf den wettergebräunten Gesichtern gesehen hat, ihn so bald nicht vergessen wird. Werden alle Versprechen gehalten, was wir hoffen, so ist damit sehr viel für die Arbeitsfreudigkeit getan. Am Schlusse hielt der Geschäftsführer, Kollege Dahlenburg, einen wirkungsvollen Appell an die Versammlung, der darin gipfelte, dahin zu wirken, daß alle Fernstehenden dem Verbande zugeführt werden, damit der Verband seine großen Aufgaben erfüllen könne.

Unsere Arbeitsvermittlung im März.

Dem Kaiserlich Statistischen Amt sind 65 Nachweise und die Zentralstelle angeschlossen.

Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat März	Maurer	Bauhilfsarbeiter	Betonarbeiter	Stukkateurer und Putzer	Fliesenleger	Isolierer und Steinholzleger	Erdarbeiter	Sonstige Arbeiter	Insgesamt
wurden angefordert ..	612	444	53	14	15	2	114	—	1254
„ vermittelt	362	200	23	9	6	2	49	—	651

Von den 1254 angeforderten Arbeitskräften konnten 651 vermittelt werden; das sind 51,91 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 59,15, Bauhilfsarbeiter 45,02, Betonarbeiter 43,39, Stukkateure und Putzer 64,28, Fliesenleger 40, Isolierer und Steinholzleger 100, Erdarbeiter 42,98, sonstige Arbeiter —.

Die Interesselosigkeit der Arbeiterschaft und die Stukkateure.

Allerwärts sieht man eine große Interesselosigkeit in der Organisationstätigkeit bei dem Gros der Arbeiter, sowohl in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Organisation. Man klagt diesen und jenen Umstand der Schuld an diesem Zustand an: die Bureaukratie aller Schattierungen in Staat und Wirtschaftsleben und nicht zuletzt auch die ausführenden Organe der gesamten Arbeiterbewegung. Es ist aber ein Unrecht, das, was man mit Recht auf die Bureaukratie im Staate anwendet, auch auf die Arbeiterorganisationen anzuwenden. In der Arbeiterbewegung ist ohne weiteres das Wort wahr: Was die Masse aus den Führern macht, das sind sie; demgemäß sind auch die Erfolge. Erfolge bedingen Interesse für eine Sache. Das beweist die tarifliche Erneuerung beziehungsweise die Regelung der Teuerungszulage in unserm Verbande. Wer ist nicht der Meinung, daß die Zulagen hätten höher sein können? Aber waren die Vorbedingungen da? Viele glaubten mit Ausbruch des Krieges sich außerhalb alles wirtschaftlichen Geschehens; sie kamen aber unter den deprimierenden Zuständen der ersten Kriegsjahre durch die Wucht der Tatsachen zur Einsicht. Die Erfolge der letzten Kriegsjahre für die Arbeiterschaft sind ein Beweis für diese Einsicht. Aber noch lange nicht ist diese Einsicht in dem Maße vorhanden, wie sie der Krieg hätte schaffen können und müssen. Es ist immer wieder die verdammte Interesselosigkeit, die mehr oder weniger bei den einzelnen Berufsgruppen vorhanden ist. Eine dieser Gruppen sind die Stukkateure. Sie werden nicht als kriegswichtige

Arbeiter angesehen. Von der Kriegswichtigkeit des Arbeiters ist aber die wirtschaftliche Lage zum großen Teil abhängig. Berufswechsel, wie es bei Hunderten dieser Kollegen der Fall ist, sind sehr zum Nachteil dieser Gruppen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl leidet vielfach zum Schaden ihres Standes. Und trotzdem darf nicht alles verflachen, wie es zurzeit bei den Stukkateuren der Fall ist. Pionierarbeit leisten, heißt nicht nur für den kleinen Kreis der Berufsangehörigen arbeiten, sondern für die Allgemeinheit. Vor zehn und zwanzig Jahren wurden die Stukkateure als Pioniere unter den baugewerblichen Gruppen angesehen. Von dieser vorgeschobenen Stellung sind sie fast vollständig abgelöst zu ihrem eigenen Schaden wie dem der andern. Können wir eine solche vorgeschobene Stellung im Baugewerbe nicht mehr halten, so suche man Anschluß an die Arbeitergruppen, die infolge ihrer Arbeitstätigkeit innerhalb der Produktion eine größere Wirtschaftsmacht bilden. Mehr oder weniger wird die reine Stukkateurtätigkeit die große Mehrzahl der Kollegen aufgeben müssen, auch nach dem Kriege. Die Gründe dürften ja im allgemeinen bekannt sein. Darum mehr Fühlung mit den andern Berufsgruppen! Arbeitszeitverkürzung, besonders auch im Putzergewerbe, muß in Zukunft die Losung sein. Der leidigen Konkurrenz durch längere Arbeitszeit verwandter Berufe muß in Zukunft von den Verbandsleitungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Darum sind wir zu Industrieverbänden geschritten. Berufliche Interessenstreitigkeiten müssen innerhalb des Verbandes eine Erledigung finden können. Darüber hinaus prüfen wir die Frage, ob nicht bei Anschluß an die allgemeine Tarifpolitik die Berufsinteressen gewahrt werden können. Das bedingt aber auch mehr unsere positive Mitarbeit bei der Kleinarbeit im Gesamtverbande.

Heinr. Hopp, Bonn.

Gewerkschaftliches.

Heinrich Schneider †. Ganz plötzlich ist am 14. April infolge eines Unfalles auf der Straßenbahn der Redakteur des „Proletarier", Genosse Heinrich Schneider, gestorben. Schneider war einer der tüchtigsten deutschen Gewerkschafter. Wer den „Proletarier" las, der wußte: hinter diesem Blatte steht ein Mann, der etwas kann und der weiß, was er will. Schneider war im Jahre 1876 in Brechtorf in Hannover geboren. Sein Vater wollte, daß er Schuhmacher werde. Der junge Heinrich aber wollte gern Lehrer werden. Als er das nicht durfte, verließ er frühzeitig das Elternhaus und reiste in die weite Welt. Als ungelernter Arbeiter nahm er Arbeit in der Landwirtschaft, in Fabriken und in andern Berufen an. 1902 trat er in Dresden dem Fabrikarbeiterverbande bei, 1904 wurde er schon Bevollmächtigter der Dresdner Zahlstelle, 1906 Redakteur seiner Verbandszeitung. Schneider war ein außerordentlich fleißiger Mensch. Unablässig arbeitete er an seiner geistigen Ausbildung. Außer seiner Arbeit für den „Proletarier" und den Fabrikarbeiterverband war Schneider auch schriftstellerisch tätig. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission" und die „Neue Zeit" haben von ihm manchen guten Artikel gebracht. Ueber die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie hat er 1911 eine viel beachtete Broschüre geschrieben. Auch in der politischen Bewegung war Schneider tätig. Im „Proletarier" widmet ihm sein Freund und Mitkämpfer August Brey einen warmen Nachruf. In der Gewerkschaftsbewegung wird Heinrich Schneider in gutem Andenken bleiben.

Beitragserhöhung im Lithographenverband. Im Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe ist durch Urabstimmung eine Erhöhung der Beiträge beschlossen worden. Vom 1. April an betragen die Wochenbeiträge für Vollmitglieder ℳ 1,50, für Mitglieder, die bisher ℳ 1 zahlten, ℳ 1,20, für weibliche Mitglieder 80 ₰. Von 2793 Abstimmenden haben sich 2528 für und nur 247 gegen die Beitragserhöhung erklärt. Die Urabstimmung mußte nach dem Statut in Versammlungen vorgenommen werden. Ein Teil der Mitglieder hat sich deshalb an der Abstimmung nicht beteiligt.

Wichtige Beschlüsse im Dachdeckerverband. Der Krieg und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse haben auch den Dachdeckerverband vor wichtige Aufgaben gestellt, die eigentlich auf einem Verbandstage hätten gelöst werden müssen. Die Zentralinstanzen des Verbandes sind aber zu der Auffassung gekommen, daß die Einberufung eines Verbandstages während des Krieges wegen der geringen Mitgliederzahl — 7000 Verbandsmitglieder stehen im Felde — nicht zweckmäßig sei. Die Zahl der Delegierten wäre zu klein gewesen. Man hat deshalb anstatt des Verbandstages Gautage einberufen, die natürlich von erheblich mehr Delegierten besucht waren, als es ein Verbandstag hätte sein können, und hat diese über die zu erledigenden Fragen entscheiden lassen. Die Gautage nahmen auch den Bericht des Vorstandes entgegen, der von Thomas, Frankfurt a. M., gegeben wurde. Die Haltung des Zentralvorstandes und des Fachblattes wurde auf allen Gautagen einstimmig gebilligt. Damit hat die Vertretung des Dachdeckerverbandes zugleich die Haltung der Gewerkschaften während des Krieges anerkannt. Für die Einberufung eines Verbandstages stimmten nur wenige Delegierte. Mit übergroßer Mehrheit beschlossen die Gautage die Erhöhung der Beiträge auf den wirklichen Stundenverdienst, was für viele Orte eine Beitragserhöhung bis zu 30 ₰ bedeutet. Mit dem Vorschlag des Vorstandes, vom ersten Verbandstage nach dem Kriege die Arbeitslosenunterstützung einführen zu lassen, erklärten sich die meisten Gautage einstimmig, die andern (zwei) gegen wenige Stimmen einverstanden. Ferner wurde mit sehr großer Mehrheit eine Erhöhung des Krankengeldes beschlossen. So hat auch der Verband der Dachdecker den Erfordernissen der Zeit Rechnung getragen. Aus seinem kürzlich herausgegebenen Geschäftsbericht für 1916 und 1917 wie aus der „Dachdeckerzeitung" geht hervor, daß tüchtige Männer das Steuer des Verbandes führen. Es ist deshalb zu hoffen, daß die Dachdecker nach dem Kriege einen der bestorganisierten Berufe bilden werden. Unsere Kollegen sollten ihnen bei der Organisierung der verstreut wohnenden Dachdecker behilflich sein, indem sie die Wünsche erfüllen, die der rührige Vorsitzende des Dachdeckerverbandes, Theodor Thomas, auf unserm Verbandstage in Nürnberg geäußert hat.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 8. bis 13. April haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: **Augsburg** ℳ 833,80, **Adorf** 193,85, **Ahrensböck** 61,30, **Alsleben** 18,30, **Allstedt** 38,60, **Apenrade** 107,47, **Bromberg** 82,85, **Brunshaupten** 46,80, **Bunzlau** 136,40, **Bremen** 1331,78, **Braunschweig** 852,80, **Bautzen** 484,70, **Bernburg** 384,15, **Bock** 194,85, **Brieg** 180, **Brunsbüttelkoog** 247,43, **Barmstedt** 22,40, **Brandenburg** 1181,85, **Brandis** 130,20, **Barth** 82,80, **Breitungen** 5,40, **Calefeld** 6,80, **Cöthen** 185,75, **Crossen** 33,60, **Dömitz** 170,10, **Duisburg** 1248,91, **Dießen** 28,60, **Dessau** 830,95, **Eisenach** 47,90, **Eilenburg** 212,10, **Eichhof** 3, **Eckernförde** 65,70, **Feldberg** i. M. 64,60, **Fürstenberg** i. M. 94,30, **Fallersleben** 20, **Füssen** 256,45, **Forst** 220,50, **Fürstenwalde** 101,70, **Fiddichow** 24,60, **Freyhan** 51,90, **Freising** 25,65, **Gülzow** 2,30, **Glückstadt** 168,15, **Gräfenhainichen** 202,90, **Gera** 173,65, **Gardelegen** 70, **Greifswald** 54,90, **Großwig** 29,10, **Großmokern** 47,50, **Grimmen** 40,05, **Gotha** 644,85, **Gräfenthal** 13,40, **Gartz** a. d. O. 79,40, **Gelenau** 442,25, **Goldberg** i. M. 31,20, **Großhabersdorf** 3, **Halberstadt** 629,45, **Hersbruck** 17,60, **Hörde** 357,05, **Hainau** 209,15, **Holzminden** 30, **Hohenstein-Ernstthal** 13,25, **Hann. Münden** 160,50, **Hilden** 147,50, **Hagenau** 3,60, **Hirschberg** i. Schl. 852,90, **Hohensalza** 48,20, **Havelberg** 20,50, **Hamburg** 6240,85, **Jeßnitz** 289,15, **Jeserit** 19,20, **Immenstadt** 15,60, **Kehin** 12,50, **Krausnick** 27,80, **Köthe** 27,40, **Kolmar** i. **Pos.** 22,30, **Konstanz** 350, **Kaiserslautern** 240,17, **Klitz** 31, **Lützen** 72,60, **Luckenwalde** 173,80, **Lüdenscheid** 242,50, **Lyck** 12,20, **Lassan** 13,80, **Lehnin** 179,95, **Lauenburg** i. **Pom.** 79,55, **Ludwigslust** 96,45, **Lörrach** 303,30, **Lüneburg** 281,80, **Leipzig** 4924,41, **Lübeck** 1613,20, **Leisnig** 278,10, **Lindau** i. B. 2,35, **Meerane** 108,20, **Mainz** 632,92, **Markranstädt** 105,80, **Meiningen** 100, **Marienburg** 65,60, **Moorburg** 55,50, **Nebro** 10,65, **Neustadt** a. d. **Haardt** 860,45, **Neumünster** 162,80, **Nienburg** a. d. **Weser** 108,40, **Possentinerhütte** 84,30, **Northeim** 69, **Naumburg** a. d. S. 370, **Nossen** 242,05, **Nördlingen** 3, **Oldesloe** 162,75, **Ohlstedt** 9,30, **Oldenburg** 60,35, **Ostrosnitz** 72,20, **Oppeln** 17,50, **Oehmhausen** 306,05, **Preetz** 73,60, **Phritz** 93, **Pleschen** 20, **Pfarrkirchen** 11,40, **Pößneck** 307,80, **Pirna** 233,70, **Quakenbrück** 47,30, **Reinfeld** 7, **Roitzsch** 177,70, **Reichenbach** i. **Vogtl.** 192,70, **Reichenhall** 104,90, **Rothemühl** 64,30, **Ratzeburg** 88,30, **Schweidnitz** 16,05, **Saarmund** 23,10, **Schleiz** 29,10, **Schwandorf** 72,90, **Stavenhagen** 82,60, **Schkeuditz** 468,20, **Spremberg** 229,25, **Schneidemühl** 119,80, **Seehausen-Wanzleben** 91,80, **Sonderburg** 81,60, **Sebnitz** 79,70, **Schwabach** 69,80, **Sagan** 56,55, **Salzwedel** 46,10, **Stargard** i. **M.** 40,20, **Strelitz** 22,20, **Samotschin** 13, **Schöningen** 9,85, **Staßfurt** 529,40, **Seehausen** i. d. **Altm.** 27,40, **Spandau** 347,20, **Schopfloch** 64,91, **Schwetzingen** 85,30, **Stralsund** 83,50, **Schramberg** 108,35, **Schackensleben** 95,20, **Sorau** 91,90, **Sprottau** 48,40, **Teuchern** 120, **Tuchel** 17,40, **Teterowstütel** 129,90, **Taucha** 244,70, **Trebnitz** 30,60, **Tangerhütte** 182,65, **Theißen** 62,80, **Tambach** 134,30, **Uetersen** 210,40, **Unna** i. **W.** 97,45, **Vegesack** 57, **Volksdorf** 31,40, **Wernigerode** 26,50, **Werdau** 70,10, **Weimar** 116,85, **Wiesenburg** 18,20, **Marin** 97,30, **Westerland** 19,60, **Weißenfels** 236,80, **Wedel** 187,20, **Worms** 200, **Weiden** 12,60, **Weida** 46,70, **Waren** 230,45, **Wählitz** 366,95, **Zeulenroda** 34, **Zittau** (**Beleg**) 64,80, **Zittau** 310,20.

Jugendabteilung: **Augsburg** ℳ 3,90, **Braunschweig** 3,20, **Bautzen** 21,30, **Bremen** 26,60, **Duisburg** 9, **Eisenach** 11, **Eilenburg** 23,10, **Füssen** 4,80, **Gera** 4,80, **Gelsenkirchen** 2,40, **Gelenau** 2,80, **Halle** 5,70, **Hirschberg** 6,20, **Konstanz** 22, **Leipzig** 72,60, **Lüdenscheid** 1, **Lübeck** 2,90, **Mainz** 2,80, **Plauen** i. **V.** 16,80, **Pößneck** 4,20, **Pirna** —,60, **Reichenbach** i. **Vogtl.** 1,76, **Schopfloch** 18,60, **Wählitz** 1,30, **Zittau** 8,10.
— **Briefumschläge:** **Augsburg** ℳ 2,25, **Altenburg** —,15, **Ahrensböck** —,28, **Allstedt** —,32, **Bunzlau** —,75, **Bremen** 20,25, **Braunschweig** 1,50, **Bautzen** 5,75, **Bernburg** —,75, **Bromberg** 6,80, **Brandenburg** 1,78, **Colmar** i. **Els.** 1,20, **Clötze** —,30, **Cöthen** 1, **Dessau** —,60, **Dießen** —,20, **Duisburg** 1,88, **Eckernförde** —,53, **Goldberg** i. **M.** 1,75, **Gelenau** —,25, **Gräfenthal** —,15, **Gartz** a. d. **Oder** —,57, **Gelsenkirchen** 1,65, **Gera** 7,50, **Greiffenberg** 1,13, **Glückstadt** —,90, **Gülzow** —,16, **Hann.-Münden** 1,41, **Hainau** —,45, **Hirschberg** i. **Schl.** 1,12, **Immenstadt** —,30, **Konstanz** —,90, **Klitz** —,18, **Lüdenscheid** —,90, **Ludwigslust** —,30, **Lehnin** 1, **Leipzig** 30, **Lörrach** —,45, **Lübeck** 4,50, **Marienburg** 1,15, **Nebra** 2,45, **Nossentinerhütte** —,90, **Naumburg** 1,20, **Pößneck** 2,70, **Plauen** i. **V.** —,60, **Preetz** —,45, **Pirna** —,30, **Quakenbrück** —,46, **Roitzsch** —,28, **Reichenbach** i. **V.** —,50, **Reichenhall** 2, **Rohsla** —,06, **Ratibor** —,88, **Strasfund** —,45, **Seehausen** i. d. **Altm.** —,05, **Spandau** —,75, **Senftenberg** 1,65, **Schneidemühl** 2,75, **Seehausen-Wanzleben** —,45, **Sonderburg** —,30, **Schwabach** —,15, **Schopfloch** —,60, **Sorau** —,15, **Tuchel** —,33, **Triebes** —,45, **Tambach** —,54, **Unna** —,28, **Wilhelmshaven** 4,50, **Westerland** —,23, **Weimar** —,75, **Wählitz** —,60, **Weida** —,50, **Zeulenroda** —,30, **Zittau** 1,45, — **Grundstein-Einbände:** **Königsberg** i. **Pr.** ℳ 12, **Augsburg**, **Bromberg**, **Aue**, **Hof**, **Wilhelmshaven**, **Oldenburg**, **Bremen**, **Gelsenkirchen**, **Duisburg**, **Fürstenwalde**, **Zittau**, **Plauen**, **Lübeck**, **Hirschberg** i. **Schl.**, **Pirna** je ℳ 6.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkrankenkasse.

Im Monat März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin II ℳ 400, **Bromberg** 60, **Darmstadt** 60, **Darlanden** 50, **Dessau** 50, **Eppelnick** 150, **Leipzig-Gohlis** 100, **Mannheim** 150, **Mölln** i. **L.** 75, **Tegel** 100, **Walddorf** 250. Summa ℳ 2175.

Zuschüsse erhielten: **Alt-Glienecke** 126, **Augsburg** 40, **Beelitz** 50, **Berlin** II 500, **Berlin** III 500, **Bernau** 200, **Blomberg** 65, **Bremen** 300, **Bamberg** 50, **Celle** 200, **Delitzsch** 50, **Dohheim** 100, **Eberswalde** 35, **Eckartshausen** 200, **Eichen** 100, **Elmschenhagen** 150, **Eppelheim** 110, **Faulbach** 40, **Fechenbach** 110, **Festenberg** 100, **Frankenthal** 50, **Gatzen** 50, **Hamburg** II 100, **Hamburg** IV 150, **Hamburg** V 125, **Heubach** 50, **Hofen** 100, **Holtenau** 200, **Jordan-Paradies** 200, **Jüterbog** 100, **Crefeld** 75, **Leipzig** 100, **Lichtenberg** 200, **Lippoldsweiser** 80, **Lübeck** 150, **Luttex** a. **Wbge.** 100, **Lübtkalen** 15, **Neuruppin** 100, **Niedernstein** 100, **Nürnberg** 100, 20, **Neinickendorf** 100, **Schinkel** 226, **Schwedt** a. d. **O.** 50, **Todtenhausen** 60, **Torgelow** 60, **Thekla** 50, **Waldorf** 100, **Weisenau** 150, **Wensickendorf** 100. Summa ℳ 7678.

Hamburg, 2. April 1918.

W. Thies, erster Kassierer.

Sterbetafel.

Aulam. Am 26. März starb unser Kollege **Gustav Becker** (Maurer) im Alter von 53 Jahren an Schlaganfall.

Augsburg. Am 8. April starb der Kollege **Johann Grübmüller** im Alter von 67 Jahren an Magenkrebs. — Am 12. April starb der Kollege **Quirin Brem** im Alter von 58 Jahren an Darmkrebs.

Berlin. Am 8. April starb das Mitglied **Wilhelm Uter** (Putzer) im Alter von 57 Jahren an Herzschlag. — Am 13. April starb das Mitglied **Adolf Scholz** (Putzer) im Alter von 79 Jahren an Lungenentzündung. — Am 15. April starb das Mitglied **Lorenz Klonicki** (Hilfsarbeiter) im Alter von 61 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 18. April starb das Mitglied **Rudolf Nennmann** (Putzer) im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose.

Breslau. Am 10. April starb unser Mitglied **Karl Schuhmacher** (Hilfsarbeiter) in Alter von 62 Jahren an Herzleiden. — Am 15. April starb unser Mitglied **Rudolf Kühn** (Maurer) im Alter von 49 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 17. April starb unser Mitglied **Karl Freier** (Maurer) aus **Hundsfeld** im Alter von 21 Jahren an Lungenleiden.

Chemnitz. Am 18. April starb unser Mitglied **Josef Läxa** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungenentzündung.

Danzig. Am 24. März starb unser Mitglied **John Wohlgemuth** (Maurer) im Alter von 24 Jahren an Lungentuberkulose.

Dresden. Am 26. März starb unser Mitglied **Ernst Wiessner** (Hilfsarbeiter) im Alter von 55 Jahren an Lungenleiden. — Am 4. April starb unser Mitglied **Gustav Kümmel** (Maurer) aus **Röhrsdorf** b. **Lockwitz** im Alter von 64 Jahren an Lungenleiden. — Am 8. April starb unser Mitglied **Karl Weber** (Hilfsarbeiter) aus **Bannewitz** im Alter von 60 Jahren an Herzleiden. — Am 10. April starb unser Mitglied **Gustav Schlechte** (Maurer) im Alter von 58 Jahren an Bronchialkatarrh. — Am 18. April starb unser Mitglied **Johann Hermann** (Hilfsarbeiter) im Alter von 61 Jahren an Lungenentzündung.

Guben. Am 19. April starb unser Ehrenmitglied **Gustav Lehmann** (Hilfsarbeiter) im Alter von 61 Jahren an Herzschwäche.

Hamburg. Am 15. April starben unsere Mitglieder **Heinr. Moll** (Maurer) im Alter von 66 Jahren und **W. Langenheim** (Maurer) im Alter von 55 Jahren an Lungenentzündung.

Markranstädt. Am 16. April starb unser langjähriges Mitglied **Hermann Kutscher** (Hilfsarbeiter) im Alter von 48 Jahren an den Folgen eines im Felde zugezogenen Leidens.

Pirna. Am 15. März starb der Kollege **Friedrich Pilz** (Invalide) aus **Altstadt b. Stolpen** im Alter von 57 Jahren an Lungenentzündung.

Reichenbach i. Vgtl. Am 13. April starb unser Mitglied **Paul Demmler** aus **Rotschau** im Alter von 38 Jahren infolge eines im Kriege zugezogenen Leidens.

Saalfeld. Am 3. April starb unser treues Mitglied **Christof Moser** (Hilfsarbeiter) im Alter von 58 Jahren an Knochentuberkulose.

Speyer. Kürzlich starb unser Kollege **Johannes Zettler** (Maurer) aus **Heiligenstein** im Alter von 46 Jahren.

Stuttgart. Am 7. April starb unser langjähriges Mitglied **Friedr. Bauer** (Maurer) aus **Glashütte** im Alter von 41 Jahren an Lungenleiden.

Wiesbaden. Am 9. April starb unser Mitglied **Wilh. Höhn III** (Maurer) aus **Dotzheim** im Alter von 79 Jahren an Altersschwäche.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungen.

Berlin 1. (Krankenkasse.) Mittwoch, den 8. Mai, abends 8½ Uhr, bei Mattik, Salzwedeler Straße 13. Tagesordnung: Abrechnung vom ersten Quartal. Bericht der Revisoren. Kassenangelegenheiten und Verschiedenes.

Berlin 2. (Krankenkasse.) Sonntag, den 28. April, vormittags 9½ Uhr, bei Bolle, Lychener Straße 3. Tagesordnung: Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten.

Berlin 3. (Krankenkasse.) Dienstag, den 30. April, abends 7½ Uhr, bei Kempin, Tilsiter Straße 85. Tagesordnung: Abrechnung vom ersten Quartal. Neuregelung der Kassenverhältnisse. Verschiedenes.

Berlin 4. (Krankenkasse.) Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Mann, Hornstraße 2. Tagesordnung: Bericht vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten und Verschiedenes,

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow). Verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 41 02 49 4400 münster roxel